Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Islamischen Republik Afghanistan

(Stand: 20.06.2022)

Vorbemerkung:

Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über die aktuelle Situation in Afghanistan und schreibt den Bericht über die Lage in Afghanistan vom Oktober 2021 fort. Er stellt keinen regulären Asyllagebericht dar.

Der letzte reguläre Asyllagebericht zu Afghanistan erschien im Juli 2021. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen in Afghanistan ist eine Überarbeitung des gesamten Berichts derzeit nicht möglich. Die Deutsche Botschaft Kabul ist seit dem 15.08.2021 geschlossen. Dies beschränkt substantiell die Möglichkeiten, ein qualifiziertes und aussagekräftiges Lagebild auf der Grundlage eigener Erkenntnisse zu erstellen. Angesichts der hohen Volatilität der Lage in Afghanistan kann dieser Bericht nur als Momentaufnahme angesehen werden.

Grundsätzliche Anmerkungen:

1. Auftrag: Das Auswärtige Amt erstellt Lageberichte in Erfüllung seiner **Pflicht zur Rechts- und Amtshilfe** gegenüber Behörden und Gerichten des Bundes und der Länder (Art. 35 Abs. 1 GG, §§ 14, 99 Abs. 1 VwGO). Insoweit wird auf die Entscheidung des BVerfG vom 14.05.1996 (BVerfGE 94,115) zu sicheren Herkunftsstaaten besonders hingewiesen, in der es heißt: „Angesichts der Tatsache, dass die Verfassung dem Gesetzgeber die Einschätzung von Auslandssachverhalten aufgibt (...), fällt gerade den Auslandsvertretungen eine Verantwortung zu, die sie zu besonderer Sorgfalt bei der Abfassung ihrer einschlägigen Berichte verpflichtet, die diese sowohl für den Gesetzgeber wie für die Exekutive eine wesentliche Entscheidungshilfe bilden.“

2. Funktion: Lageberichte sollen vor allem dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und den Verwaltungsgerichten, aber auch den Innenbehörden der Länder als eine Entscheidungshilfe in Asyl- und Rückführungsangelegenheiten dienen. In ihnen stellt das Auswärtige Amt asyl- und abschiebungsrelevante **Tatsachen und Ereignisse** dar. Sie enthalten **keine Wertungen oder rechtliche Schlussfolgerungen** aus der tatsächlichen Lage.

3. Einstufung: Lageberichte sind als „Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Nur dieses **restriktive Weitergabeverfahren** stellt sicher, dass die Berichte ohne Rücksichtnahme auf außenpolitische Interessen formuliert werden können. Die Schutzbedürftigkeit ist auch aus Gründen des Quellenschutzes und in Einzelfällen sogar im Interesse der persönlichen Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes geboten.

Das Auswärtige Amt weist darauf hin, dass die Lageberichte nicht an Dritte, die selbst weder in einem anhängigen Verfahren beteiligt noch prozessbevollmächtigt sind, weitergegeben werden dürfen. Die unbefugte Weitergabe dieser Informationen durch verfahrensbevollmächtigte Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälte stellt einen Verstoß gegen berufliches Standesrecht dar (**§ 19 der Berufsordnung der Rechtsanwälte**) und kann entsprechend geahndet werden.

Das Auswärtige Amt hat keine Einwände gegen die **Einsichtnahme** in diesen Lagebericht bei Verwaltungsgerichten durch Prozessbevollmächtigte, wenn die Bevollmächtigung in einem laufenden Verfahren nachgewiesen ist. Aus Gründen der Praktikabilität befürwortet das Auswärtige Amt, dass die Einsichtnahme unabhängig von örtlicher und sachlicher Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts, bei dem der/die Prozessbevollmächtigte im Einzelfall Einsicht nehmen möchte, möglich ist. Eine Anfertigung von Kopien ist aus o. a. Geheimschutzgründen jedoch nicht möglich. Hierdurch kann der in § 3 der

Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum materiellen Geheimschutz (Verschlusssachenanweisung - VSA) festgeschriebene Grundsatz „Kenntnis nur, wenn nötig“ nicht mehr gewährleistet werden. Die Fertigung von Kopien dieser VS ist untersagt (§ 20 i. V. m. Anlage IV VSA).

4. Ergänzende Auskünfte: Über die Lageberichte hinausgehende Anfragen von Behörden und Gerichten zu konkreten tatsächlichen Sachverhalten werden im Rahmen der Amtshilfe beantwortet. Die rechtliche Wertung obliegt dabei der ersuchenden Stelle.

5. Auskünfte zum ausländischen Recht: Es wird darauf hingewiesen, dass die Auskünfte zum ausländischen Recht unverbindlich erteilt werden und keinen Anspruch auf Richtigkeit und Vollständigkeit erheben.

6. Quellen: Bei der Erstellung des Lageberichts werden neben der täglichen Lagebeobachtung, Medienberichterstattung und politischen Analyse durch das Auswärtige Amt und ihrer Auslandsvertretungen u. a. Informationen von Menschenrechtsgruppen, Nichtregierungsorganisationen (NROs), Oppositionskreisen, Rechtsanwälten, Botschaften von Partnerstaaten, internationalen Organisationen, wie z. B. UNHCR oder IKRK, und afghanischen Quellen herangezogen. Dadurch sowie durch stets mögliche schriftliche Stellungnahmen erhalten diese Organisationen die Möglichkeit, ihre Erkenntnisse zu den in den Lageberichten dargestellten Sachverhalten einzubringen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Zugang und Verifizierungsmöglichkeiten landesweit für alle beteiligten Organisationen und Personen aktuell wegen Restriktionen durch die Taliban, Risiken für Informationsquellen und einem hohen Personalumsatz begrenzt sind.

Für diesen Lagebericht wurden u. a. folgende Quellen herangezogen:

[REDACTED] ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Afghanischen Unabhängigen Menschenrechtskommission (AIHRC), [REDACTED]

7. Aktualität: Der Bericht berücksichtigt die dem Auswärtigen Amt bekannten Tatsachen und Ereignisse bis zu dem jeweils angegebenen Datum des Standes, sofern nicht ausdrücklich anders angegeben.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
I. Allgemeine Lage	6
1. Überblick	6
2. Betätigungsmöglichkeiten von Menschenrechtsorganisationen	7
3. Rolle und Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden und des Militärs	8
II. Asylrelevante Tatsachen	9
1. Repressionen durch die <i>de facto</i> -Machthaber	10
1.1 Politische Opposition	10
1.2 Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Meinungs- und Pressefreiheit	12
1.3 Minderheiten	13
1.4 Religionsfreiheit	13
1.5 Strafverfolgungs- oder Strafzumessungspraxis	14
1.6 Handlungen gegen Kinder	14
1.7 Geschlechtsspezifische Verfolgung	17
1.8 Exilpolitische Aktivitäten	18
2. Repressionen Dritter	18
3. Ausweichmöglichkeiten	18
4. Konfliktregionen	19
III. Menschenrechtslage	19
1. Schutz der Menschenrechte in der Verfassung	19
2. Folter	19
3. Todesstrafe	19
4. Sonstige menschenrechtswidrige Handlungen	19
5. Lage von Flüchtlingen	20

Zusammenfassung

Die politischen Rahmenbedingungen in Afghanistan haben sich mit der Machtübernahme durch die Taliban im August 2021 grundlegend verändert. Die Entwicklungen seitdem und insbesondere im ersten Halbjahr 2022 zeigen einen zunehmenden Trend der massiven und systemischen Beschneidung von Grundrechten, v. a. mit Blick auf die Beschränkung der Rechte von Frauen und Mädchen, Einschränkung der Presse- und Medienfreiheit und Zunahme von Diskriminierung ethnischer und religiöser Minderheiten. Willkürliche Verhaftungen von Demonstrierenden, Medienschaffenden und Kritikerinnen und Kritikern der *de facto*-Übergangsregierung der Taliban sowie glaubhafte Berichte über Entführungen, Folter und Ermordung ehemaliger Angehöriger der Regierung und der Sicherheitskräfte durch die Taliban schaffen ein Klima der Einschüchterung und Straflosigkeit. Allgemeinen Erklärungen der Taliban, beispielsweise zu einer Amnestie für ehemalige Mitglieder der Regierung und der Sicherheitskräfte, zu Pressefreiheit und zu Rechten von Frauen und Mädchen, stehen spezifische Dekrete und tatsächliches Handeln gegenüber, die die Versammlungsfreiheit, Medien- und Pressefreiheit sowie Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit, Zugang zu Bildung und Berufstätigkeit und freie Entfaltung, inkl. Auftritte in der Öffentlichkeit und Kleidung, für Mädchen und Frauen stark einschränken bzw. zum Teil vollkommen verhindern. Im Lichte der jüngsten Entwicklungen muss man von einer der schwerwiegendsten Situationen weltweit mit Blick auf die Rechte von Frauen und Mädchen sprechen.

Auch zehn Monate nach Machtübernahme und trotz der Einführung einer *de facto*-Übergangsregierung im September 2021 sowie weiteren politischen Ernennungen haben die Taliban zentrale Fragen nach der zukünftigen Verfasstheit und den gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen des afghanischen Staates weiterhin nicht konkret beantwortet. Die Taliban haben begonnen, staatliche und institutionelle Strukturen an ihre religiösen und politischen Vorstellungen anzupassen. Der Umbau des Justizbereichs ist nicht abgeschlossen, woraus Parallelstrukturen, Ambivalenzen und ein anhaltendes rechtliches Vakuum entstehen. Die Verfassung von 2004 ist *de facto* ausgehebelt. Ankündigungen über die Erarbeitung einer neuen Verfassung sind bislang ohne sichtbare Folgen geblieben. Gesetze aus der Zeit vor der Machtergreifung sollen nach Angaben der Taliban-Führung weiterhin gelten, unterliegen aber einem Islamvorbehalt (d. h. sie werden auf die Vereinbarkeit mit dem islamischen Recht überprüft); sie werden in der Praxis nicht oder nur in Teilen angewendet. So wird u. a. in von Taliban veröffentlichten Dekreten darauf Bezug genommen. Die Gerichte und Staatsanwaltschaften wurden mit den Taliban nahestehenden Rechtsgelehrten besetzt, dieweder die Voraussetzungen noch das Ziel haben, die Gesetze aus der Zeit vor der Machtergreifung anzuwenden.

Die Vereinten Nationen (VN), Nichtregierungsorganisationen (NROs) sowie Medien berichten von Hunderten von Entführungen und Ermordungen von ehemaligen Regierungs- und Sicherheitskräften seit August 2021 – trotz einer von der Taliban-Führung erlassenen und weiterhin propagierten „Generalamnestie“. Eine Aufklärung und Strafverfolgung dieser Fälle durch die *de facto*-Sicherheitsbehörden findet bislang in der Regel nicht statt, so dass sich eine Atmosphäre der Straflosigkeit entwickelt. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Meldungen von Einzelpersonen und Familien über Vergeltungsmaßnahmen, Repressionen und Verfolgung.

Auf Grund der stark zurückgegangenen Kampfhandlungen hat die Zahl ziviler Opfer in Afghanistan nach Angaben der VN-Unterstützungsmission UNAMA seit Anfang August 2021 deutlich abgenommen. UNAMA registrierte zwischen dem 15. August 2021 und dem 15. Februar 2022 mindestens 1.153 zivile Opfer, davon 397 Tote (im Vergleich erste Jahreshälfte 2021: 5.183 zivile Opfer, davon 1.659 Tote; 2020 insgesamt: 8.820 zivile Opfer, davon 3.035

Tote), in der Mehrzahl durch Selbstmordattentäter und sog. Improvised Explosive Devices (IEDs). Zudem wurden seit August 2021 bis Mitte Februar insgesamt 154 Personen, darunter 105 Kinder, durch Minen und Sprengfallen als Überreste der Kriege verletzt oder getötet.

Der „Islamische Staat – Khorasan Provinz“ (IS-KP), mittlerweile laut VN-Angaben landesweit zumindest mit kleinen Zellen präsent, verübt weiterhin Anschläge mit zahlreichen Todesopfern, v. a. in den Provinzen Kabul und Nangarhar, die sich v. a. gegen *de facto*-Sicherheitskräfte, die mehrheitlich schiitische Bevölkerungsgruppe der Hazara, die Minderheit der Sikhs und auch Anhänger des sunnitischen Sufismus richten.

Seit dem Frühling 2022 kommt es zu lokal begrenzten Kampfhandlungen zwischen Taliban-Sicherheitskräften und Kämpfern bewaffneter Oppositionsgruppen. Insgesamt stellen diese Angriffe und Auseinandersetzungen noch keine umfassende Bedrohung, aber eine wachsende Herausforderung für die *de facto*-Herrschaft der Taliban dar. Auch innerhalb der Taliban gibt es bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen (teils ethnisch unterschiedlichen) Gruppierungen. Anschläge und Kampfhandlungen fordern v.a. auch Opfer unter der Zivilbevölkerung.

Rückführungen aus Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten sind gegenwärtig ausgesetzt. Es besteht aber keine grundsätzliche Aussetzung der Abschiebung (sog. Abschiebestopp) nach Afghanistan durch die obersten Landesbehörden.

Die Bundesregierung arbeitet weiterhin mit hoher Priorität daran, dass ehemalige Ortskräfte sowie besonders gefährdete Personen, für die eine Aufnahmezusage vorliegt, trotz der massiven Behinderung der Taliban nach Deutschland ausreisen können. Sie ermöglicht auch in dringenden Einzelfällen weitere Aufnahmen besonders gefährdeter Personen im Rahmen des § 22 S. 2 AufenthG. Hierbei liegt auch ein besonderer Fokus auf schutzbedürftigen Frauen. Gleichzeitig laufen Abstimmungen zu einem humanitären Aufnahmeprogramm des Bundes für Afghanistan.

I. Allgemeine Lage

1. Überblick

Die Deutsche Botschaft Kabul ist seit dem 15. August 2021 bis auf weiteres geschlossen. Seit der Ausreise der letzten deutschen Botschaftsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter am 26. August 2021 besteht keine deutsche diplomatische Präsenz in Afghanistan. Die EU hat im Januar 2022 wieder eine reduzierte Präsenz eingerichtet, bislang hat aber noch kein EU-Mitgliedstaat seine diplomatische Präsenz in Afghanistan wieder aufgenommen. Auch die für Afghanistan zuständigen Auslandsvertretungen anderer Partnerländer, wie der USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Japan, befinden sich weiterhin in Doha, Katar.

Seit der beinahe kampflosen Einnahme Kabuls durch die Taliban am 15. August 2021 steht Afghanistan weitgehend unter der Kontrolle der Taliban.

Der Ernennung einer aus 33 Mitgliedern bestehenden geschäftsführenden *de facto*-Übergangsregierung im September 2021 folgten in den vergangenen Monaten zahlreiche Neuernennungen und Umbesetzungen auf nationaler, Provinz- und Distriktebene, wobei Frauen weiterhin gar nicht und nicht-paschtunische Bevölkerungsgruppen nur in geringem Umfang berücksichtigt wurden. Die Taliban stützen sich weitgehend auf bereits vorhandene staatliche Strukturen der ehemaligen Regierung, in Verbindung mit ihren eigenen schon vor dem Machtwechsel bestehenden Schattenstrukturen. Die für die Wahlen zuständigen Institutionen, sowie die Unabhängige Menschenrechtskommission, der Nationale Sicherheitsrat und die Sekretariate der Parlamentskammern wurden abgeschafft. Die Verfassung von 2004 ist *de facto* ausgehebelt. Ankündigungen über die Erarbeitung einer neuen Verfassung sind bislang ohne sichtbare Folgen geblieben.

Die Taliban-Führung hat ihre Anhänger verschiedentlich dazu aufgerufen, die Bevölkerung respektvoll zu behandeln. Menschenrechtsorganisationen dokumentieren jedoch fortlaufend Menschenrechtsverletzungen, darunter Hausdurchsuchungen und Willkürakte gegen Zivilistinnen und Zivilisten durch Angehörige der Taliban. Weiterhin berichten Menschenrechtsorganisationen von Rache- und Willkürakten im familiären Kontext – also gegenüber Familienmitgliedern oder zwischen Stämmen, bei denen die Täter den Taliban nahestehen oder Taliban sind. Darauf angesprochen, weisen Taliban-Vertreter den Vorwurf systematischer Gewalt zurück und verweisen wiederholt auf Auseinandersetzungen im familiären Umfeld. Eine nachprüfbare Strafverfolgung findet in der Regel nicht statt.

Zielgerichtete, großangelegte Vergeltungsmaßnahmen gegen ehemalige Angehörige der Regierung oder Sicherheitskräfte oder Verfolgung bestimmter Bevölkerungsgruppen konnten bislang nicht nachgewiesen werden. VN- und Menschenrechtsorganisationen konnten allerdings Berichte über Entführung und zum Teil auch Ermordung ehemaliger Angehöriger des Staatsapparats und der Sicherheitskräfte im niedrigen dreistelligen Bereich verifizieren. Diese Fälle lassen sich zumindest in Teilen eindeutig Taliban-Sicherheitskräften zuordnen. Inwieweit diese Taten politisch angeordnet wurden, ist nicht zu verifizieren. Sie wurden aber durch die *de facto*-Regierung und die Taliban-Führung trotz gegenteiliger Aussagen mindestens toleriert bzw. nicht juristisch verfolgt.

Die deutsche staatliche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit bleibt, ebenso wie die Unterstützung anderer internationaler Geber, soweit sie nicht der Unterstützung zur Grundversorgung zuordbar ist, ausgesetzt, da dies eine Kooperation mit den Taliban als *de facto*-Machthaber bedingen würde. Deutschland engagiert sich als einer der größten Geber im

Rahmen der Humanitären Hilfe und setzt diese insbesondere über internationale Organisationen um.

Die wirtschaftliche Lage hat sich landesweit massiv verschlechtert. Der dramatische Verfall der afghanischen Währung wurde seit Dezember 2021 zunächst gestoppt, eine Umkehr des wirtschaftlichen Gesamttrends fand bislang nicht statt. Nach Angaben der VN bleibt die humanitäre Lage aufgrund der Wirtschaftskrise, den Folgen der Covid-19-Pandemie und der Dürren der vergangenen Jahre extrem angespannt. Die Weltbank rechnet für 2022 mit einem Einbruch des Bruttosozialprodukts um ein Drittel im Vergleich zum Vorjahr. Im Zuge der Wirtschaftskrise droht eine Verarmung der urbanen Mittelschicht. Viele Angestellte des öffentlichen Dienstes haben ihre Arbeit verloren. Tätigkeiten, die mit der internationalen Präsenz im Land verbunden waren, sind weggebrochen. Berichten aus Kabul zufolge, ist aufgrund einer Verringerung von Bauaktivitäten auch der informelle Niedriglohnsektor stark betroffen.

Steigende Lebensmittelpreise verstärken die prekäre Lebensmittelversorgung für einen Großteil der Bevölkerung; nach Schätzung der VN ist bereits die Hälfte der Menschen von Nahrungsmittelknappheit und Hunger bedroht. Laut lokalen Berichten nehmen Zwangsehen und Menschenhandel, darunter der Verkauf von Mädchen durch ihre Familien, zu.

Die VN rechnen mit rd. 24,3 Mio. Menschen, die 2022 auf humanitäre Hilfe angewiesen sein werden – rund 30% mehr als 2021. Bei einer internationalen Geberkonferenz am 31. März 2022, bei der Deutschland Mitgastgeber war, sagte die internationale Gemeinschaft 2,44 Mrd. US-Dollar Unterstützung zu, darunter über 200 Mio. Euro von Deutschland (2021: 350 Mio. EUR durch das Auswärtige Amt, 250 Mio. EUR durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Die von Deutschland geförderten, humanitären Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen haben ihre Arbeit im Herbst 2021 sukzessive wiederaufgenommen. Die Umsetzung des größten Teils der substantiellen deutschen humanitären Hilfe erfolgt über internationale Organisationen.

UNAMA ist, ebenso wie VN-Unterorganisationen (z. B. WHO, WFP, UNHCR, IOM) vor Ort, arbeitsfähig. Der VN-Sicherheitsrat hat das Mandat für UNAMA am 17. März 2022 für zwölf Monate verlängert. Das Mandat der Mission wurde mit Blick auf Beobachtung der Menschenrechtsslage gestärkt.

2. Betätigungsmöglichkeiten von Menschenrechtsorganisationen

Die Betätigungsmöglichkeiten von Menschenrechtsorganisationen sind aufgrund des anhaltenden rechtlichen Vakuums, der Bedrohungslage, des Brain-Drains sowie der schwierigen Finanzlage vieler Organisationen stark eingeschränkt bzw. nicht mehr vorhanden. Viele Vertreterinnen und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen haben aus Angst vor Repressalien Afghanistan nach der Machtübernahme der Taliban verlassen oder halten sich versteckt.

Zivilgesellschaftliche Akteure, darunter auch Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger sowie Frauenrechtsaktivistinnen, sind einem Klima der Angst und Einschüchterung ausgesetzt. Es gibt Berichte über Tötungen, Folter Verschwindenlassen, Inhaftierungen, Angriffe, Gängelung und Bedrohung von Aktivistinnen und Aktivisten. Die Hochkommissarin für Menschenrechte der VN sieht vom 15. August 2021 bis 1. April 2022 zehn Fälle als nachgewiesen an, in denen Mitglieder der Zivilgesellschaft getötet wurden. Davon lassen sich fünf Fälle den Taliban eindeutig zuordnen, weitere 36 Personen wurden von *de facto*-Sicherheitskräften geschlagen, verhaftet oder bedroht.

Einige afghanische Menschenrechtsorganisationen wollen ihre Arbeit aus dem Ausland fortsetzen und bauen zu diesem Zweck ihre oftmals zusammengebrochenen Informationsnetzwerke wieder auf. Die Unabhängige Afghanische Menschenrechtskommission (Afghan Independent Human Rights Commission, AIHRC), deren Rolle in der Verfassung aus Zeiten der Republik verankert ist, ist seit August 2021 faktisch aufgelöst. Im Mai 2022 ist per Dekret die rückwirkende Auflösung auch formell beschlossen worden, der von der *de facto*-Regierung beschlossene Haushalt sieht keine Mittel für die Institution vor. Ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Menschenrechtskommission bauen ein unabhängiges Menschenrechtsinstitut im Exil auf.

Am 7. Oktober 2021 hat der VN-Menschenrechtsrat die Ernennung eines Sonderberichterstatters zur Menschenrechtslage in Afghanistan beschlossen. Der Menschenrechtsexperte Richard Bennett trat sein Amt offiziell am 1. Mai 2022 an. In den Briefings nach seiner ersten Reise nach Afghanistan im Mai 2022 bestätigte Bennett den Eindruck einer sich deutlich verschlechternden Menschenrechtslage und bemängelte fehlende Rechtsstaatlichkeit. Ein erster Bericht ist für September 2022 angekündigt.

3. Rolle und Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden und des Militärs

Die Taliban haben mit ihrer Machtübernahme faktisch die Verantwortung für die Sicherheit im Land übernommen. Sie haben begonnen, ihre bisherigen Milizen-Strukturen in geordnete Sicherheitskräfte zu übertragen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Im Bereich der Streitkräfte kündigte Armeechef Qari Fasihuddin im November 2021 den Aufbau einer 150.000 Mann starken Armee inkl. Freiwilliger an; andere Mitglieder der *de facto*-Regierung haben sich für eine kleinere Berufsarmee ausgesprochen. Die VN gehen aktuell von ca. 80.000 Taliban-Kämpfern aus. Es zeichnet sich ab, dass die Taliban mit Ausnahme der Luftwaffe (hier sollen laut afghanischen Presseangaben fast die Hälfte der ehemaligen Soldaten zurückgekehrt sein) von den bisherigen Kräften nur vereinzelt Fachpersonal übernehmen wollen. Eine breit angelegte Integration der bisherigen Angehörigen der Sicherheitskräfte ist weiterhin nicht zu beobachten. Der Geheimdienst (General Directorate for Intelligence, GDI) wurde dem *de facto*-Innenministerium unterstellt. Das Innenministerium der *de facto*-Regierung hat wiederholt angekündigt, Polizisten, u. a. im Bereich der Verkehrspolizei, zu übernehmen. Dies ist nach Angaben [REDACTED] zumindest in Kabul teilweise erfolgt. Eine von den Taliban eingerichtete „Säuberungskommission“ aus den Taliban-geführten Sicherheitsministerien gab im März 2022 bekannt, dass insgesamt rd. 4.000 Taliban-Kämpfer aufgrund krimineller Aktivitäten, Verbindungen zu IS-KP oder anderen Vergehen entlassen wurden.

Wachsende Kriminalität war bereits in den vergangenen Jahren ein Problem, insbesondere in den Städten. Diese Entwicklung hat sich angesichts der schlechten Wirtschaftslage zuletzt noch beschleunigt. Die Taliban nehmen für sich in Anspruch, dem entgegenzuwirken, sind dabei aber vor allem bemüht, Straftaten, die von mutmaßlichen Taliban-Kämpfern begangen werden, als Taten von Kriminellen zu porträtieren.

Aus verschiedenen Provinzen gibt es anhaltende, im Einzelfall nur schwer verifizierbare Berichte über öffentliche Strafmaßnahmen, die auch Körperstrafen wie Steinigung und Auspeitschung einschließen. Vereinzelt kommt es auch zur Zurschaustellung von Kriminellen sowie Personen, die den moralischen Vorstellungen der Taliban zuwiderhandeln (keine Teilnahme am Gebet, Vorwurf des Ehebruchs). Auf nationaler Ebene wurde im April 2022 erstmals eine Körperstrafe (Peitschenhiebe) wegen Drogen- und Alkohol-Konsums durch den Obersten Gerichtshof verhängt. Das von den Taliban neu-gegründete Ministerium für die Förderung von Tugend und Verhinderung von Laster (sog. Tugendministerium) spielt mit

quasi-polizeilichen Befugnissen eine besondere Rolle bei der Einschränkung von zahlreichen Persönlichkeitsrechten im Alltag.

II. Asylrelevante Tatsachen

1. Repressionen durch die *de facto*-Machthaber

Nach der Machübernahme durch die Taliban hat sich kein umfassendes und konsistentes Staatswesen herausgebildet. Der Status der Verfassung von 2004 und der Gesetze aus der Zeit vor der Machtergreifung ist weiterhin unklar, das Regierungshandeln uneinheitlich. Die Taliban haben verschiedentlich angekündigt, die bestehende Gesetzgebung nach einer umfassenden Überprüfung weiterhin in Teilen nutzen zu wollen. Ankündigungen über die Erarbeitung einer neuen Verfassung sind bislang ohne sichtbare Folgen geblieben. Eine vom *de facto*-Justizminister angekündigte verfassungsgebende Kommission ist bislang nicht in Erscheinung getreten. Hinzu kommen die teilweise beschränkten Durchgriffsmöglichkeiten der *de facto*-Regierung in Kabul auf die Verwaltungen und Sicherheitskräfte der Provinz- und Distriktebene. Umfang und Qualität des repressiven Verhaltens der Taliban gegen die Bevölkerung hängt deswegen stark von individuellen und lokalen Umständen ab.

Die Taliban haben offiziell eine Generalamnestie für Angehörige der ehemaligen Regierung und Sicherheitskräfte angekündigt. Hochrangige Taliban, auch das Oberhaupt der Bewegung, Emir Haibatullah Akhundzada, haben die Taliban-Kämpfer wiederholt zur Einhaltung der Amnestie aufgefordert und angeordnet, von Vergeltungsmaßnahmen abzusehen. Die Hochkommissarin für Menschenrechte der VN hat bis Mitte Februar 2022 jedoch 130 Fälle geprüft und die Vorwürfe gegenüber den Taliban für begründet befunden, in denen Angehörige der ehemaligen Sicherheitskräfte und Regierung ermordet wurden. Bei rund 100 dieser Fälle handelt es sich um extralegale Hinrichtungen, die Taliban-Kräften zugeordnet werden konnten. Laut einer im April erschienenen Medienrecherche der New York Times konnten seit August 2021 ca. 500 Fälle verifiziert werden, in denen Angehörige der ehemaligen Regierung verschleppt, gefoltert oder ermordet wurden bzw. weiterhin verschwunden sind. [REDACTED] halten diese Untersuchung für glaubwürdig.

Anfang Februar 2022 führten die Taliban flächendeckend Hausdurchsuchungen zunächst in Kabul, anschließend auch in angrenzenden Provinzen durch. Davon waren auch nationale und ausländische NROs betroffen. Sie werden punktuell landesweit fortgesetzt, u. a. in den Großstädten Mazar-e-Sharif, Herat und Kunduz. Nach offiziellen Angaben der *de facto*-Regierung haben die Durchsuchungen das Ziel, versteckte Waffen aufzuspüren. Berichten zufolge gingen Sicherheitskräfte in einigen Fällen mit Gewalteininsatz vor, wobei Personen geschlagen und vorübergehend festgenommen wurden. Zunächst waren von den Durchsuchungen v. a. die Gruppe der ethnischen Tadschiken betroffen, deren Mitglieder von den Taliban oftmals verdächtigt werden, Teil des bewaffneten Widerstands zu sein. Gewaltanwendung von Taliban-Sicherheitskräften bei Protesten, Hausdurchsuchungen und an Checkpoints hat zu Todesfällen und Verletzungen geführt. Das geistige Oberhaupt und *de facto*-Staatsoberhaupt Emir Haibatullah Akhundzada sowie *de facto*-Innenminister Sirajuddin Haqqani haben in Dekreten und öffentlichen Äußerungen wiederholt Taliban-Kämpfer dazu aufgerufen, sich gegenüber der Zivilbevölkerung und bei Kontrollen an Checkpoints respektvoll zu verhalten und Gewaltanwendung, Diskriminierung und Gängelung zu unterlassen.

Viele Personen aus der Provinz Panjshir werden dem Widerstand zugeordnet und sehen sich in Kabul und anderen Landesteilen einer fortgesetzten Verfolgung bzw. Diskriminierung durch Sicherheitskräfte ausgesetzt.

Die Hochkommissarin für Menschenrechte der VN zählt von August 2021 bis Ende Februar 2022 insgesamt 50 Morde an Personen, die einer Zugehörigkeit zu IS-KP verdächtigt wurden, davon 35 extralegale Tötungen, die sich den Taliban zuordnen lassen. Viele der Getöteten sollen zudem Opfer von Verschwindenlassen, Folter und Misshandlung durch die Taliban sein. Zudem gibt es Berichte über Fälle, in denen auch nicht gewalttätige bzw. IS-zugehörige Salafisten unter dem generellen Terrorismusverdacht getötet wurden.

1.1 Politische Opposition

Eine formelle, organisierte politische Opposition im Land ist nicht vorhanden. Eine Reihe ehemaliger politischer Akteure, sowohl aus ehemaligen Regierungskreisen als auch aus der ehemaligen politischen Opposition, befinden sich im Ausland. Einige prominente Politiker, wie der ehemalige Vorsitzende des Hohen Rates für Nationale Versöhnung, Abdullah, und der ehemalige Präsident Hamid Karzai, befinden sich weiterhin in Kabul. Ihr Aktionsradius ist äußerst eingeschränkt, ihre öffentlichen Äußerungen sind von großer Zurückhaltung geprägt. Die ehemalige Bürgermeisterin von Maidan Shar, Zarifa Ghafari, ist eine der wenigen Politikerinnen, die seit der Machtübernahme temporär nach Kabul zurückgekehrt ist.

Auch vor Machtübernahme der Taliban spielten politische Parteien keine herausragende Rolle. Die Taliban haben bislang keine Aussagen zur Zukunft politischer Parteien gemacht. Am 6. April 2022 wurde die Abteilung für politische Parteien im *de facto*-Justizministerium aufgelöst, die für die Regulierung von Aktivitäten politischer Parteien zuständig war. Beide für Wahlen zuständigen Kommissionen wurden aufgelöst.

Direkt nach der Eroberung Kabuls hat sich in der Provinz Panjshir unter der Führung von Ahmad Massoud und dem ehemaligen Vizepräsidenten Saleh die sogenannte Nationale Widerstandsfront (National Resistance Front, NRF) gebildet, die von ethnischen Tadschiken dominiert wird. Die Führung der NRF hat sich ins Ausland zurückgezogen. [REDACTED] berichtet von rund zehn bewaffneten Widerstandsgruppen, deren Bedeutung bislang aber eher gering eingeschätzt wird. Neben der NRF ist die sogenannte Afghanische Freiheitsfront erwähnenswert, die sich v. a. aus Mitgliedern der ehemaligen Armee- und Sicherheitskräfte rekrutiert.

1.2 Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Meinungs- und Pressefreiheit

Die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und die Meinungs- und Pressefreiheit wurden seit der Machtübernahme der Taliban entgegen allgemeiner Zusicherungen deutlich eingeschränkt. Im September 2021 und Januar 2022 lösten *de facto*-Sicherheitskräfte friedliche Demonstrationen von Frauenrechtsaktivistinnen in Kabul gewaltsam auf und verhafteten mehrere Aktivistinnen. Seither müssen Demonstrationen spätestens 24 Stunden vorher beim *de facto*-Justizministerium angemeldet und von dort genehmigt werden.

Die Taliban haben wiederholt Gewalt eingesetzt, um Demonstrationen zu beenden, einschließlich der Verwendung scharfer Munition. Die Hochkommissarin für Menschenrechte der VN weist darauf hin, dass dagegen Demonstrationen ungestört blieben, die sich für Anliegen der Taliban einsetzen, wie z. B. die Freigabe eingefrorener Zentralbankmittel und Aufhebung des Sanktionsregimes.

Die Taliban haben zwar wiederholt Presse- und Meinungsfreiheit in allgemeiner Form zugesichert. Die Situation der Medienlandschaft hat sich jedoch seit dem 15. August 2021 drastisch verschlechtert. Laut einer Erhebung von Reporter Ohne Grenzen und der Afghan Independent Media Association hatten bis Dezember 2021 insgesamt 43% der afghanischen Medienunternehmen ihren Betrieb eingestellt, z. T. auch aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten. 6.400 Medienschaffende hatten ihre Anstellung verloren, was vor allem Frauen betrifft (84% aller Journalistinnen, ihre Zahl sank von 2.490 auf 410). Etablierte Journalistinnen und Journalisten sind zu einem großen Teil ins Ausland gegangen oder halten sich versteckt.

Elf am 19. September 2021 vorgestellte Handlungsempfehlungen der *de facto*-Regierung für Printmedien, TV und Radio fordern u. a. dazu auf, keine Inhalte zu veröffentlichen, die der Scharia widersprechen. Diese Empfehlungen werden landesweit unterschiedlich umgesetzt. Menschenrechtsorganisationen beobachten insbesondere in den Provinzen eine deutlich stärkere Einschränkung der Pressefreiheit. Medienschaffende berichten über ein aktives Monitoring und werden aufgefordert, ihre Arbeit vorab mit den lokal zuständigen Behörden zu teilen. Mancherorts müssen Medienschaffende vor Beginn ihrer Recherchen eine Erlaubnis bei den lokalen Behörden einholen. In mindestens 14 von 34 Provinzen gibt es keine weiblichen Medienschaffenden mehr, in einigen Provinzen wurde es Journalistinnen verboten, bei ihrer Arbeit in Erscheinung zu treten. Gegenüber Menschenrechtsorganisationen berichten Journalistinnen und Journalisten über einen stark eingeschränkten Zugang zu Informationen.

Ankündigungen der *de facto*-Regierung, das bisherige Mediengesetz umzusetzen und eine Beschwerdekommision einzurichten, ist das Informations- und Kulturministerium nicht nachgekommen. Fernsehsender wurden nach eigenen Angaben wiederholt durch den Taliban-Geheimdienst unter Druck gesetzt, Unterhaltungsprogramme den moralisch-religiösen Vorgaben der Taliban anzupassen. Im Zuge dessen wurden im März 2022 zwei Angestellte des TV-Senders TOLO News vorübergehend durch den Geheimdienst festgenommen.

Das Afghanistan Analyst Network beschreibt Gewalt gegen Medienschaffende als systematisch. Nach Angaben [REDACTED] sollen die Taliban seit ihrer Machtübernahme 80 Journalistinnen und Journalisten vorübergehend festgenommen und gefoltert haben. [REDACTED] erhob bis Ende Februar 2022 insgesamt 44 Fälle, in denen Journalisten willkürlich verhaftet, geschlagen, bedroht oder eingeschüchert wurden. 42 dieser Fälle konnte [REDACTED] den Taliban zuordnen. Wiederholt wurden Journalistinnen und Journalisten mit Gewalt an ihrer Berichterstattung über Demonstrationen gegen die Taliban gehindert.

Die Taliban haben wiederholt Personen verhaftet, die sie öffentlich kritisiert haben. Ein Kabuler Universitätsprofessor wurde nach kritischen Aussagen in einer politischen Talkshow am 8. Februar 2022 verhaftet und erst nach internationalem Protest am 11. Februar 2022 wieder freigelassen.

Während afghanischen Medien die Zusammenarbeit mit ausländischen Medien verboten worden ist, können ausländische Journalistinnen und Journalisten gegenwärtig weitestgehend ungehindert arbeiten. Die Akkreditierung verläuft meist problemlos, allerdings deutet sich hier eine Veränderung an. Im Mai 2022 wurde einem internationalen Medium die Akkreditierung versagt, das Team wurde umgehend aufgefordert, das Land zu verlassen.

1.3 Minderheiten

Die Einteilung des Vielvölkerstaats Afghanistan in ethnisch differenzierte Bevölkerungsgruppen war bereits in der Vergangenheit politisch umstritten, so dass diese seit 1979 in keinem Zensus erfasst wurden. Die Verfassung erkennt 14 Ethnien an, weitere 54 ethnische Kategorien wurden bisher in die Tazkira aufgenommen. Die größten Bevölkerungsgruppen sind Paschtunen (ca. 32-42%), Tadschiken (ca. 27%), Hazara (ca. 9-20%) und Usbeken (ca. 9%), gefolgt von Turkmenen und Belutschen (jeweils ca. 2%).

Die Taliban gehören mehrheitlich der Gruppe der Paschtunen an. Seit der Machtübernahme der Taliban werden nicht-paschtunische Ethnien in staatlichen Stellen zunehmend marginalisiert. So gibt es in der de facto-Regierung der Taliban z. B. nur wenige Vertreter der usbekischen und tadschikischen Minderheit sowie lediglich einen Vertreter der Hazara.

Die Taliban haben wiederholt erklärt, alle Teile der afghanischen Gesellschaft zu akzeptieren und ihre Interessen berücksichtigen zu wollen. Aber selbst auf lokaler Ebene werden Minderheiten, mit Ausnahmen in ethnisch von Nicht-Paschtunen dominierten Gebieten vor allem im Norden, kaum für Positionen im Regierungsapparat berücksichtigt, da diese v. a. paschtunischen Taliban-Mitgliedern vorbehalten sind. Darüber hinaus lässt sich keine klare, systematische Diskriminierung von Minderheiten durch die *de facto*-Regierung feststellen, solange diese den Machtanspruch der Taliban akzeptieren.

Die Taliban haben insbesondere den überwiegend der schiitischen Konfession angehörigen Hazara, die während des ersten Taliban-Regimes benachteiligt und teilweise verfolgt wurden, Zusicherungen gemacht.

Allerdings sollen z. B. in der Provinz Daikundi im September 2021 ca. 400 Hazara-Familien gewaltsam von ihrem Land vertrieben worden sein. Laut Erkenntnissen der VN konnten die meisten mittlerweile wieder zurückkehren. Nach Einschätzung [REDACTED] beruht die Diskriminierung von Hazara bei illegaler Landnahme v. a. auf lokalen Konflikten, wird aber von der Taliban-Führung toleriert.

Innerhalb der Taliban-Bewegung nehmen die Spannungen zwischen ethnischen Gruppen zu. So kam es im Juni 2022 zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen paschtunischen Taliban-Einheiten und den Anhängern eines abgesetzten Hazara-Kommandeurs innerhalb der Taliban in der Provinz Sar-e-Pul, bei denen auch Zivilisten, v.a. Hazara, getötet sowie eine Vielzahl vertrieben wurden bzw. vor den Kämpfen flüchteten.

Die Hazara sind weiterhin besonders gefährdet, Opfer von Anschlägen des IS-KP zu werden. Am 19. April 2022 kamen bei einem Doppel-Anschlag auf eine Oberschule und ein Ausbildungszentrum in einem mehrheitlich von Hazara bewohnten Kabuler Viertel mindestens sechs Menschen ums Leben, elf wurden verletzt. Menschenrechtsorganisationen gehen von deutlich höheren Opferzahlen aus. [REDACTED], dass die Taliban die mediale Aufklärung über die tatsächlichen Opferzahlen, wie auch bei anderen gewaltsamen Zwischenfällen, gezielt behinderten. Am 21. April 2022 explodierte eine Bombe in einer von Hazara besuchten schiitischen Moschee in Mazar-e-Sharif; mind. 31 Menschen starben, 90 Menschen wurden verletzt. IS-KP bekannte sich zu den Anschlägen in Kunduz und Mazar-e-Sharif. Expertinnen und Experten ordnen die Anschläge in Kabul ebenfalls IS-KP zu.

Bei einem Angriff am 18. Juni auf einen Sikh-Tempel in Kabul, zu dem sich der IS-KP bekannte, wurden mind. zwei Menschen getötet und sieben weitere verletzt. Der Anschlag wurde international kritisiert; in einer Verurteilung seitens der de-facto-Behörden war nur von

Hindus, nicht Sikhs, die Sprache. Nach Einschätzung [REDACTED] tun die Taliban bislang nicht genug, um die Gruppe vor Anschlägen zu schützen.

1.4 Religionsfreiheit

Laut Schätzungen sind mehr als 99% der Bevölkerung muslimischen Glaubens, darunter etwa 10-15% schiitisch, einschließlich ismailitisch. Andere in Afghanistan vertretene Glaubensgemeinschaften wie z. B. die Sikhs, Hindus, Baha'i sowie Christinnen und Christen machten bereits bisher weniger als 1% der Bevölkerung aus. Bereits vor der Machtübernahme der Taliban waren die Möglichkeiten der konkreten Religionsausübung für Nicht-Muslime durch gesellschaftliche Stigmatisierung, Sicherheitsbedenken und die spärliche Existenz von Gebetsstätten extrem eingeschränkt.

Bisherige allgemeine Zusicherungen der Taliban richten sich auch an religiöse Minderheiten. Medienberichten zufolge hat die einzig verbleibende Person jüdischen Glaubens Afghanistan nach der Machtübernahme der Taliban verlassen, zahlreiche Hindus und Sikhs sind nach Indien ausgewandert.

Im Dezember 2021 wurden rund 20 Angehörige der von den Taliban nicht anerkannten Ahmadiya-Religionsgemeinschaft, darunter mehrere Minderjährige, von den *de facto*-Sicherheitsbehörden verhaftet.

Die Diskriminierung von Schiiten ist im Alltag verwurzelt. Im April 2022 kam es zu Einzelfällen, in denen Schiiten wegen angeblicher Nichtbeachtung des Ramadans von Taliban-Kämpfern geschlagen wurden.

1.5 Strafverfolgungs- oder Strafzumessungspraxis

Seit dem 15. August 2021 haben die Taliban begonnen, das Justizsystem v. a. durch Personalaustausch umzustrukturieren und dabei sukzessive islamische Rechtsgelehrte als Richter und Staatsanwälte eingestellt, die weder die Voraussetzungen noch das Ziel haben, Gesetze aus der Zeit vor der Machtergreifung anzuwenden. Die Rechtsanwaltskammer wurde dem *de facto*-Justizministerium unterstellt. Rechtsanwältinnen und -anwälte wurden aufgefordert, sich neu zu registrieren; die Anträge wurden bislang nicht bearbeitet.

Berichten zufolge werden richterliche Entscheidungen vorwiegend unter Bezug auf die Scharia getroffen. Laut UNAMA werden in Gerichten auch verschiedene „Gesetzestexte“ bzw. Rechtsprechung aus der Zeit der ersten Taliban-Herrschaft zirkuliert und angewendet.

Berichte über die wiederholte und landesweite Anwendung von Körperstrafen werden von UNAMA bestätigt. Die Strafverhängung erfolgt teilweise außergerichtlich, u. a. durch *de facto*-Sicherheitskräfte und politische Amtsträger. Wiederholt gab es Berichte, wonach die Leichname von Hingerichteten zur Schau gestellt wurden. Die VN und Menschenrechtsorganisationen konstatieren in der Strafverfolgung ein rechtsstaatliches Vakuum.

Die Situation in den Gefängnissen kann aufgrund von nur punktuellm Zugang für VN und Menschenrechtsorganisationen nicht abschließend beurteilt werden. Entlassene Aktivistinnen und Aktivisten sowie ihre Familien werden unter Strafantrohung schriftlich verpflichtet, nicht über die Haftbedingungen zu sprechen. Die Einhaltung der Auflagen wird durch die Taliban-Sicherheitskräfte engmaschig überwacht.

Nach Einschätzung der UNAMA besteht die Möglichkeit, dass im Ausland straffällig gewordene Rückkehrende, wenn die Tat einen Bezug zu Afghanistan aufweist, in Afghanistan zum Opfer von Racheakten z. B. von Familienmitgliedern der Betroffenen werden können; auch eine erneute Verurteilung durch das von Taliban kontrollierte Justizsystem ist nicht ausgeschlossen, wenn der Fall den Behörden bekannt würde.

1.6 Handlungen gegen Kinder

Kinder litten bis zur Machtübernahme der Taliban besonders unter dem bewaffneten Konflikt und wurden Opfer von Zwangsrekrutierung, vor allem von Seiten der Taliban. Die Taliban-Führung hat sich wiederholt gegen die Rekrutierung von Kindern ausgesprochen und nach eigenen Angaben im Rahmen der sog. „Säuberungskommission“ 155 Minderjährige aus den Reihen der Kämpfer entlassen. Unbestätigten Berichten zufolge werden weiterhin Minderjährige als Wachpersonal und an Checkpoints eingesetzt.

Zwangsverheiratungen haben in Folge der prekären Wirtschaftslage weiter zugenommen. Es existieren weiterhin nicht verifizierbare Berichte über die Zwangsverheiratungen mit Taliban-Kämpfern im Zuge der Machtübernahme. Menschenrechtsorganisationen befürchten, dass die Angst von Mädchen und ihren Eltern vor solchen Zwangsehen mit Taliban-Angehörigen zu negativen Bewältigungsstrategien, wie z. B. Zwangsehen mit Nicht-Taliban oder dem Verbot aus dem Haus zu gehen, führt.

Weiterhin fortbestehende Probleme sind sexueller Missbrauch an Kindern und Jugendlichen, Kinderarbeit und Prostitution, gerade auch unter Minderjährigen. [REDACTED] hat eine Zunahme von Kinderarbeit, Zwangsverheiratungen Minderjähriger und dem Verkauf von Kindern beobachtet.

Die Sondergerichtsbarkeit für Straftaten gegen Kinder wurde aufgelöst und in die allgemeine Strafgerichtsbarkeit überführt.

1.7 Geschlechtsspezifische Verfolgung

Auch vor Machtübernahme der Taliban war die afghanische Regierung nicht willens oder in der Lage, die Frauenrechte in Afghanistan vollumfänglich umzusetzen, allerdings konnten Mädchen grundsätzlich Bildungseinrichtungen besuchen, Frauen studieren und weitgehend am Berufsleben teilnehmen, wenn auch nicht in allen Landesteilen gleichermaßen. Die Rechte der Frauen und Mädchen werden in Afghanistan seit der Machtübernahme der Taliban jedoch zunehmend und systematisch missachtet, es werden politische Vorgaben umgesetzt, die ein Klima von Gewalt gegen Frauen mindestens begünstigen. Diese grundsätzlich verschlechterte Situation wirkt sich regional in unterschiedlichem Maße auf das alltägliche Leben aus. Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit wird massiv eingeschränkt.

Insbesondere seit Jahresbeginn 2022 nehmen Dekrete zu Kleidungsvorschriften, Geschlechtertrennung und Bewegungseinschränkungen durch das „Tugendministerium“ und weitere Behörden auf nationaler und Provinzebene zu. Beispielhaft ist ein Bericht von [REDACTED] aus der Provinz Balkh, dass mehrere Frauen geschlagen und ausgepeitscht wurden, weil sie die offiziell nur als Empfehlungen geltenden Kleidervorschriften verletzt haben sollen. Insbesondere die am 7. Mai 2022 verkündete Anordnung bzgl. einer Verschleierungspflicht (inkl. Gesichtsschleier) stellt einen weiteren massiven Menschenrechtsverstoß dar..

Die anhaltende Rechtsunsicherheit zeigt sich auch hinsichtlich Bewegungseinschränkungen: Offiziell gibt es zwar keine Anordnung, dass Frauen sich nur mit einer männlichen

Begleitperson aus dem Verwandtenkreis (Mahram) bewegen dürfen, lokal können jedoch jeden Tag andere Regeln gelten. Allgemein nehmen Restriktionen zu und das repressive gesellschaftliche Klima führt dazu, dass Frauen häufig von sich aus ihren Bewegungsradius einschränken bzw. Familien dafür Sorge tragen. Am 26. Dezember 2021 wurde die Beförderung von allein reisenden Frauen per Dekret verboten, wenn sie mehr als 72 km von ihrem Wohnort entfernt sind. Seit 25. März 2022 müssen Frauen laut Medienberichten für Flugreisen innerhalb Afghanistans oder ins Ausland von einem Mahram begleitet werden. Die Umsetzung erfolgt nicht stringent, jedoch zunehmend restriktiv. Es gibt mittlerweile Berichte, dass in einigen Provinzen auch innerhalb eines 72 km-Radius sowie bei Besuchen von Behörden und Gesundheitseinrichtungen die Begleitung eines Mahrams erforderlich ist. Im Zuge der Veröffentlichung der Verschleierungspflicht verkündete der *de facto*-„Tugendminister“, dass Frauen nur dann das Haus verlassen sollten, wenn es notwendig sei. Mitarbeiter des *de facto*-Tugendministers zeigen im öffentlichen Raum zunehmend Präsenz und kontrollieren die Einhaltung der Bekleidungsregeln und zur Bewegungseinschränkung. Neben verbalen Anfeindungen soll es auch zu körperlichen Übergriffen gekommen sein. Da männliche Verwandte für Nichtbefolgen der Anordnung haftbar sein sollen, dürfte die Anordnung in Verbindung mit dieser Aussage die Bewegungsfreiheit von Frauen weiter einschränken. Menschenrechtsorganisationen befürchten weiter steigende Zahlen von häuslicher Gewalt.

Ein am 3. Dezember 2021 veröffentlichtes Dekret des Oberhauptes der Taliban setzt sich v. a. mit Personenstandsfragen auseinander und spricht Frauen in diesem Bereich Rechte zu (Recht auf Erbschaft, Verbot von Zwangsehen), die ihnen im traditionellen Stammesrecht nicht zugesprochen werden. Es enthält keine Aussagen zu sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rechten von Frauen.

Bei der Umstrukturierung des Gerichtswesens wurde laut Einschätzung der [REDACTED] trotz gegenteiliger Ankündigungen keine Voraussetzung dafür geschaffen, dass Frauen Zugang zu Gerichten erhalten. Es wurden keine Frauen in das Justizsystem berufen, Gerichtskammern für die Behandlung von Gewalt gegen Frauen wurden abgeschafft. Nach Einschätzung von [REDACTED] wird das Rechtsstaatsvakuum durch den Eindruck verstärkt, dass die Taliban gewisse Rechtsverletzungen eher tolerieren, u. a. Morde an Frauen, Angriffe auf Frauenrechtsverteidigerinnen und LGBTI-Personen. Menschenrechtsorganisationen weisen auf das bislang nicht aufgeklärte Verschwinden der Leiterin eines Frauengefängnisses in Herat Anfang Oktober 2021 hin.

Die überwiegende Zahl der Schutzeinrichtungen für Opfer von häuslicher Gewalt wurden nach dem 15. August 2021 geschlossen. UN Women rechnet aufgrund der weitreichenden Restriktionen für die politische, soziale und wirtschaftliche Teilhabe von Frauen mit einem weiteren Anstieg häuslicher Gewalt. Bereits vor der Taliban-Machtübernahme gaben rund 87% afghanischer Frauen an, geschlechtsspezifische Gewalt erfahren zu haben. Anhaltende Medienberichte aus Mazar-e-Sharif und Kabul deuten auf eine steigende Zahl von ermordeten Frauen hin.

Ab Mitte Januar 2022 wurden sukzessive prominente Vertreterinnen der seit August 2021 vor allem in Kabul aktiven Protestbewegung durch *de facto*- Sicherheitskräfte festgenommen. Nach Angaben von HRW lassen sich Berichte über Haftbedingungen, u. a. zu Misshandlungen und sexuellen Übergriffen, aufgrund von gezielter Einschüchterung der Frauen kaum verifizieren. Es gibt Berichte, dass die Familien von wieder freigelassenen Frauen für deren Schweigen bürgen mussten.

Die Taliban gestehen in allgemeinen Äußerungen Frauen ein Recht auf Bildung und Arbeit im Rahmen ihrer Interpretation der Scharia zu. In der Praxis ist der Umgang mit berufstätigen Frauen weiterhin uneinheitlich, eine Beschäftigung nur in bestimmten Sektoren geduldet. V. a. in den Bereichen Bildung und Gesundheit sprechen sich die Taliban explizit für die Beschäftigung von Frauen aus. Frauen werden auch im Sicherheitssektor bei Einreise-Checks am Flughafen und bei Hausdurchsuchungen beschäftigt. In den Verwaltungen konnten mit Ausnahme des Bildungs- und des Gesundheitssektors Frauen in den meisten Fällen nicht an ihre Arbeitsplätze zurückkehren, werden aber teilweise weiterhin bezahlt. Laut lokalen Berichten werden Frauen inzwischen aber auch vermehrt entlassen, z.B. in Ministerien, bzw. es wird ihnen die Kündigung nahegelegt. Teilweise wird ihnen die Möglichkeit eingeräumt, einen männlichen Verwandten als Nachfolge vorzuschlagen. 80 Prozent der Journalistinnen sollen ihre Anstellung im Mediensektor verloren oder aufgegeben haben. Frauen werden zunehmend in wirtschaftliche Nischen verdrängt, z. B. Näharbeiten und andere Tätigkeiten, die von zuhause ausgeführt werden können. Insgesamt soll laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) seit der Machtübernahme die Erwerbstätigkeit von Frauen um 21 Prozent zurückgegangen sein. Die VN-Entwicklungsorganisation (UNDP) schätzt, dass die Einschränkungen der Erwerbstätigkeit von Frauen zu wirtschaftlichen Verlusten von 1 Milliarde USD führen werden, das entspricht rund 5 Prozent des afghanischen BIP.

Am 18. September 2021 hatte auf Weisung der Regierung der Schulunterricht ab der siebten Klasse nur für Jungen wieder begonnen. Ab Februar 2022 kündigte das *de facto*-Bildungsministerium zunächst die Öffnung der Sekundarschulen auch für Mädchen ab dem neuen Schuljahr im März 2022 an. Führende Taliban sprachen sich wiederholt für Mädchenbildung im Einklang mit religiösen Vorschriften aus. Am 1. Schultag, dem 23. März 2022, wurde auf Anordnung des Taliban-Oberhaupts Haibatullah Akhundzada die Öffnung der Sekundarschulen für Mädchen dann aber auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben; als Begründung wurde v. a. die noch notwendige Herstellung einer Scharia-konformen Lernumgebung genannt. Die Umsetzung ist zwar auch hier in Regionen und Distrikten uneinheitlich, aktuell sind Sekundarschulen für Mädchen in 9 von 34 Provinzen teilweise geöffnet, die Mehrheit der schulfähigen Mädchen ist damit vom Zugang zu Sekundarschulen ausgeschlossen. Bereits 2019 besuchten nur 43 % der Mädchen und 62 % der Jungen eine Grundschule (Klassen 1-6), und nur 34 % der Mädchen und 55 % der Jungen eine Sekundarschule. Dieser Anteil dürfte sich mit den Maßnahmen der Taliban im letzten Jahr gerade für Mädchen noch drastisch verringert haben. Alternative Unterrichtsformen, etwa gemeinde-basierter Unterricht, Hausbesuche oder digitales Lernen, finden bislang nur vereinzelt statt. Über multilaterale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen fördert das BMZ derzeit u.a. gemeindebasierte Bildungsmaßnahmen für Kinder in abgelegenen Gebieten, die Verbesserung der hygienischen Bedingungen für Mädchen und die Verteilung von Lehrmaterialien.

Die staatlichen Universitäten öffneten für Studierende beider Geschlechter ab Ende Februar 2022 unter weitreichenden Auflagen bzgl. Geschlechtertrennung und Bekleidung, deren Umsetzung nach Angaben von UNAMA von lokalen Gegebenheiten abhängig ist. Private Universitäten blieben seit August 2021 durchgängig für Frauen und Männer geöffnet.

In der Übergangsregierung der Taliban gibt es keine Frauen. Bei der Ernennung der Übergangsregierung wurde das unter der Vorgängerregierung existierende Frauenministerium abgeschafft und der ehemalige Sitz des Frauenministeriums in den Sitz des neuen "Tugendministeriums" umgewandelt.

Situation für lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LGBTI)

Homosexualität ist in Afghanistan gesellschaftlich geächtet. Die Gesetzgebung aus der Zeit vor der Machtergreifung sieht für Sexualpraktiken, die üblicherweise mit männlicher Homosexualität in Verbindung gebracht werden, mehrjährige Haftstrafen vor. Die Taliban haben sich seit ihrer Machtübernahme bislang nicht dazu geäußert, wie sie sich mit Bezug auf LGBTI-Personen verhalten wollen. Am 29. Oktober 2021 erklärte der Taliban-Sprecher des *de facto*-Finanzministeriums, dass die Rechte von LGBTI-Personen gemäß Scharia-Gesetzgebung nicht anerkannt würden. AI berichtet von zwei Fällen, in denen Männer von Taliban-Kämpfern vergewaltigt worden sein sollen. Von AI interviewte Mitglieder der LGBTI-Gemeinschaften berichten darüber hinaus von Drohungen und Gewalt durch Familienmitglieder, Nachbarn oder ehemalige Partner. Menschenrechtsorganisationen berichten, dass durch die Taliban-Machtübernahme ein Klima verstärkt wurde, in dem Gewalt gegen LGBTI-Personen ungestraft bleibe.

1.8 Exilpolitische Aktivitäten

Am 28. September 2021 kündigten Angehörige der früheren afghanischen Regierung mit einem in der Schweiz veröffentlichten Statement der dortigen afghanischen Botschaft die Gründung einer Exilregierung unter Vizepräsident Saleh an. Eine Reihe von afghanischen Auslandsvertretungen in Drittstaaten hatte zuvor die Übergangsregierung der Taliban verurteilt und auf den Fortbestand der afghanischen Verfassung von 2004 verwiesen. Verschiedene Auslandsvertretungen, darunter die Ständigen Vertretungen bei den VN in Genf und New York, führen ihre Geschäfte in Opposition zur Taliban-Regierung fort.

Weitere ehemalige Regierungsmitglieder bzw. politische Akteure der ehemaligen Republik sind in unterschiedlichen Gruppierungen im Ausland aktiv. Größere Cluster haben sich unter anderem in Tadschikistan, der Türkei und Iran gebildet. *De facto*-Außenminister der Taliban Amir Khan Mottaqi traf am 10. Januar 2022 [REDACTED] mit dem Führer der NRF und dem Milizenführer Ismail Khan zusammen.

Eine Reihe von ehemaligen Mitgliedern der afghanischen Regierung, politischen Kräften in Afghanistan, darunter auch frühere sog. „Warlords“, sowie Vertreter des bewaffneten Widerstands (National Resistance Front) nahmen am 17. Mai an einem Treffen im Haus des ehemaligen Vizepräsidenten Dostum in Ankara teil. Bei dem Treffen wurde ein gemeinsames Vorgehen gegen die Taliban und die Gründung eines Hohen Rats des Nationalen Widerstands besprochen.

Die Taliban haben allen ehemaligen Regierungsvertreterinnen und -vertretern Amnestie zugesagt, soweit sie den Widerstand gegen sie aufgeben und ihre Autorität anerkennen. Vereinzelt sind im Frühjahr 2022 ehemalige politische Akteure für Kurzaufenthalte nach Afghanistan zurückgekehrt, u. a. der ehemalige Friedensminister Abdul Salam Rahimi und die Bürgermeisterin von Maidan Wardak Zarifa Ghafari.

Die Taliban haben am 16. März 2022 eine Kommission unter Leitung des *de facto*-Ministers für Bergbau und Petroleum Delawar ins Leben gerufen, die Mitglieder der ehemaligen wirtschaftlichen und politischen Elite überzeugen soll, nach Afghanistan zurückzukehren. Im Rahmen dieser Bemühungen sollen inzwischen 200 mehr oder weniger prominente Persönlichkeiten nach Afghanistan zurückgekehrt sein, darunter auch ehemalige Minister und Parlamentarier. Die *de facto*-Regierung trifft widersprüchliche Aussagen darüber, ob es den Rückkehrern gestattet sein wird, sich politisch zu engagieren.

2. Repressionen Dritter

Anschläge des IS-KP richten sich immer wieder gegen die Zivilbevölkerung, insbesondere gegen Afghaninnen und Afghanen schiitischer und anderer Glaubensrichtungen (s. Ziff. II.1.3). Darüber hinaus verübt der IS-KP gezielt Anschläge auf Sicherheitskräfte der Taliban, bei denen auch Zivilisten zu Schaden kommen.

Die Taliban wiederum nutzen den Verdacht einer IS-KP-Zugehörigkeit häufig als Vorwand für Repressalien gegen Opponenten ihres Regimes.

Die Taliban stehen der Terrororganisation Islamischer Staat und ihren Vorstellungen eines globalen Dschihad ablehnend gegenüber und haben IS-KP in den vergangenen Jahren bekämpft.

Es existieren kaum zu verifizierende Berichte über Einzeltäter oder kriminelle Gruppen, die sich als Taliban ausgeben und Hausdurchsuchungen, Plünderungen, Entführungen o. ä. durchführen. Die Taliban weisen solche Taten als Handlungen krimineller Elemente zurück.

3. Ausweichmöglichkeiten

Afghanistan befindet sich aktuell weitgehend unter der Kontrolle der Taliban; Widerstandsgruppen gelingt es bislang nicht oder nur vorübergehend, effektive territoriale Kontrolle über Gebiete innerhalb Afghanistans auszuüben. Dauerhafte Möglichkeiten, dem Zugriff der Taliban auszuweichen, bestehen daher gegenwärtig nicht. Berichte über Verfolgungen machen deutlich, dass die Taliban aktiv versuchen „Ausweichmöglichkeiten“ im Land zu unterbinden.

4. Konfliktregionen

Seit März 2022 nimmt die Anzahl von bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Taliban und bewaffneten Widerstandsgruppen landesweit leicht zu, v. a. in den Provinzen Baghlan, Panjshir, Parwan und Kapisa. UNAMA erfasst Aktivitäten von Widerstandsgruppen in 17 Provinzen, auf welche die Taliban mit gesteigerter Präsenz von Sicherheitspersonal, Hausdurchsuchungen und Verhaftungen bzw. Vorladungen von Personen reagierten, denen sie eine Nähe zum bewaffneten Widerstand unterstellten.

Laut Berichten der Vereinten Nationen und Menschenrechtsorganisationen kommt es in Panjshir sowohl durch die Taliban wie auch durch die National Resistance Front zu teils schweren Menschenrechtsverletzungen.

Entlang der Grenze zu Iran und Pakistan kam es in den Grenzregionen wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen Taliban-Kräften und iranischen bzw. pakistanischen Sicherheitskräften. Bei Luftangriffen der pakistanischen Armee auf Ziele der Pakistanischen Taliban (TTP) in den Provinzen Kunar und Khost am 18. April 2022 kamen nach Taliban-Angaben 47 Personen ums Leben, nach Angaben von UNICEF waren 20 Kinder unter den Toten.

IS-KP verübt vor allem in den östlichen Provinzen Kunar und Nangahar Anschläge gegen Taliban-Kämpfer, die teilweise auch die Zivilbevölkerung treffen (s. Ziff. II.1.3).

III. Menschenrechtsslage

1. Schutz der Menschenrechte in der Verfassung

Die Verfassung der afghanischen Republik von 2004 ist formell nicht aufgehoben worden, sie wird jedoch durch das Handeln der Machthaber *de facto* ausgehebelt. Eine neue oder angepasste Verfassung existiert bislang nicht. Nach wie vor ist unklar, ob die von *de facto*-Außenminister Amir Khan Mottaqi im Februar 2022 angekündigte Reformkommission etabliert wurde.

2. Folter

Es existieren Berichte über Folter in Gefängnissen, beispielsweise von Journalisten, Frauenrechtsaktivistinnen und ihren Verwandten, Demonstrierenden, ehemaligen Sicherheitskräften. Die Hochkommissarin für Menschenrechte der VN zeigt sich besorgt über Folter von Personen, denen vorgeworfen wird, den ehemaligen Sicherheitskräften oder der ehemaligen Regierung anzugehören oder IS-KP-Anhänger zu sein.

Es gibt Berichte, wonach im Januar und Februar 2022 für mehrere Tage festgenommene Frauenrechtsaktivistinnen psychologischer und physischer Folter sowie sexueller Gewalt durch *de facto*-Sicherheitskräfte ausgesetzt wurden. Verifiziert sind zudem mehrere Fälle, in denen festgesetzte Journalisten geschlagen wurden. Die Internationale Föderation der Journalistinnen und Journalisten dokumentierte von Mai 2021 bis April 2022 75 Übergriffe auf Medienschaffende, darunter 12 Tötungen und 30 Festnahmen.

Vier junge Männer (darunter drei Minderjährige), die im Zusammenhang mit der Ermordung von acht Mitgliedern einer Polio-Impfkampagne festgenommen wurden, sollen nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen gefoltert worden sein.

3. Todesstrafe

Die Gesetze aus der Zeit vor der Machtergreifung sehen die Verhängung der Todesstrafe in bestimmten Fällen vor. Diese wurden in den vergangenen Jahren jedoch nicht umgesetzt. Die Taliban haben hierzu bisher keine gesetzlichen Regelungen erlassen. Die sowohl während des ersten Taliban-Regimes, als auch vor dem Zusammenbruch der Republik in von den Taliban kontrollierten Gebieten angewandte Rechtspraxis auf Grundlage ihrer Auslegung der Scharia sieht die Todesstrafe vor. Offiziell wurde die Todesstrafe bisher nicht verhängt, allerdings haben Taliban-Sicherheitskräfte in mehreren Fällen die Leichen von angeblichen Straftätern zur Schau gestellt. Menschenrechtsorganisationen melden, dass den vier jungen Männern, die im Zusammenhang mit der Ermordung von acht Mitgliedern einer Polio-Impfkampagne festgenommen wurden, die Todesstrafe drohe.

4. Sonstige menschenrechtswidrige Handlungen

Menschenrechtsorganisationen konnten zahlreiche Berichte über Hausdurchsuchungen, willkürliche Verhaftungen, Gewaltanwendung, gewaltsames Verschwindenlassen bis hin zu Hinrichtungen und weitere menschenrechtswidrige Handlungen verifizieren, die trotz einer „Generalamnestie“ vor allem ehemalige Mitarbeiter der Sicherheitskräfte, politische Gegner der Taliban, Personen, die unter Verdacht stehen IS-KP oder dem bewaffneten Widerstand nahestehen, und Vertreter und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft und ihre Familienangehörigen betreffen. Von Taliban-Kämpfern verübte Vergehen werden in aller Regel nicht geahndet. Das gilt auch für Rache- und Willkürakte im familiären Kontext.

Bürgerinnen und Bürger laufen Gefahr, durch Taliban-Kräfte bereits für kleine Verstöße willkürlich bedroht, bestraft, misshandelt und sogar getötet zu werden.

5. Lage von Flüchtlingen

Die Zahl der Binnenvertriebenen stieg im Jahr 2021 aufgrund der Kampfhandlungen zwischen afghanischen Sicherheitskräften und Kämpfern der Taliban auf insgesamt mehr als 3,5 Millionen Menschen. Nach dem Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen in weiten Teilen des Landes kehrten im September und Oktober 2021 vor allem kürzlich Binnenvertriebene in ihre Heimatprovinzen zurück. Nach Angaben von UNHCR befinden sich Binnenvertriebene wie auch Rückkehrende aus dem Ausland in einer wirtschaftlichen Notlage und wenden negative Bewältigungsstrategien an (Einsparung von Lebensmitteln, Aufnahme von Schulden, Kinderarbeit, -verkauf).

[REDACTED] Bis Mitte April 2022 registrierte IOM 279.636 Rückkehrende, wobei IOM eine stetig hohe Zahl von Rückführungen [REDACTED] feststellt. Laut OCHA [REDACTED] etwa 177.000 Afghaninnen und Afghanen zurück. [REDACTED]

Zur Situation rückkehrender Geflüchteter aus Deutschland liegen nur vereinzelt Erkenntnisse vor. Rückführungen aus Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten sind gegenwärtig ausgesetzt. Die Taliban haben in öffentlichen Verlautbarungen im Ausland lebende Afghaninnen und Afghanen aufgefordert, nach Afghanistan zurückzukehren.

Außerhalb offizieller Kommunikation verbreiten Taliban-Offizielle bzw. ihnen nahestehende Kommentatoren das Narrativ, dass ehemalige Regierungsmitglieder bzw. Angestellte, aber auch Personen, die mit ausländischen Regierungen gearbeitet haben, Verräterinnen und Verräter am Islam und an Afghanistan seien. Es gibt ein Klima der Straflosigkeit und Angst. Täter können davon ausgehen, dass z. T. auch persönlich motivierte Taten gegen diesen Personenkreis nicht geahndet werden. Auch in den Sozialen Medien werden diese immer wieder als Verräter bzw. „verwestlicht“ bezeichnet, die aufgrund ihrer Ablehnung für „islamische Werte“ ins Ausland gegangen seien. Nach Einschätzung von Menschenrechtsorganisationen sind aus Europa Rückkehrende sowie Personen, die mit dem (westlichen) Ausland assoziiert werden, unmittelbar bedroht.

Afghanistan war bereits vor der Machtübernahme der Taliban eines der ärmsten Länder der Welt. Die durch die Folgen der COVID-19-Pandemie und anhaltende Dürreperioden bereits angespannte Wirtschaft ist in Folge der Machtübernahme der Taliban kollabiert. Rückkehrende dürften nur in Einzelfällen über die notwendigen sozialen und familiären Netzwerke verfügen, um die desolaten wirtschaftlichen Umstände abzufedern.

Die Taliban haben internationale Organisationen der humanitären Hilfe um Unterstützung bei der Versorgung und Umsiedlung Binnenvertriebener gebeten, die selbst in der Regel nicht über ausreichend Mittel zur Rückkehr verfügen.